

Antrag

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Katja Kipping, Sabine Leidig, Pascal Meiser, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Norbert Müller, Zaklin Nasitc, Petra Pau, Sören Pellmann, Victor Perli, Martina Renner, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Andreas Wagner, Harald Weinberg, Katrin Werner, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Einführung eines Rudi-Dutschke-Stipendiums für kritische Sozialwissenschaftler

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Name Rudi Dutschke ist wie kein anderer mit der Bewegung verbunden, die um die Jahre 1967-1968 in der Bundesrepublik für eine notwendige gesellschaftliche Modernisierung und Demokratisierung sorgte. Fünfzig Jahre nach dem Jahr 1968, das von Prag über West-Berlin und Paris bis Washington für das Aufbegehren gegen Bevormundung, Rassismus und Krieg stand, erkennt der Deutsche Bundestag den Einsatz der 68er-Generation für Emanzipation und Selbstbestimmung an.

Die Bewegung der Studierenden, deren bekanntestes Gesicht Rudi Dutschke war, aber auch die Bewegung der Auszubildenden, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung und die Umweltbewegung, die um 1968 entstanden, haben die Bundesrepublik wesentlich bereichert und ihrem Anspruch darauf, eine soziale, freiheitliche und partizipative Demokratie zu sein, gesellschaftlich zum Durchbruch verholfen. Dieser Anspruch ist heute wie damals tägliche Aufgabe von Demokratinnen und Demokraten.

Dazu mussten sich die Aktivistinnen und Aktivisten der 68er-Revolution gegen die restaurative Epoche der Nachkriegsbundesrepublik auflehnen, die offene Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einfordern und sich auf der Straße, in Betrieben und Hörsälen gegen Autoritarismus und obrigkeitliche Repression erwehren.

Ihrem Einsatz verdanken wir, dass Kriege wie damals in Vietnam, die Militarisierung der internationalen Politik, aber auch die Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit Menschenrechte verletzenden Regimen öffentlich kritisiert wurden. Diese Kritik stärkte die Friedensbewegung ebenso wie Ansätze, die deutsche Außenpolitik auf Aussöhnung und Entspannung auszurichten.

Ebenso setzte der politische Schwung von 1968 die Beseitigung der faktischen und rechtlichen Diskriminierung der Frau auf die politische Tagesordnung, drängte erfolgreich auf die Abschaffung von antiquierten Geschlechterbildern und Frauen bevormundender Gesetze, die die Bundesrepublik aus dem Kaiserreich übernommen hatte, und ebnete vielen Frauen den Weg in ein selbständiges Berufsleben. Für viele Gruppen nahm der Kampf um das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung mit der 68er-Bewegung seinen Ausgang und wurde als Teil eines breiteren Emanzipationsstrebens anerkannt.

Rudi Dutschke und andere seiner Generation trugen darüber hinaus die bis heute aktuelle Kritik in den öffentlichen Raum, dass weder die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch der autoritäre Staatssozialismus des Ostblocks die besten aller möglichen Welten sind. Der Aufbau einer versöhnten Gesellschaft, in der die freie Entfaltung jedes Individuums die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist, bleibt möglich und notwendig. Dazu müssen die Kämpfe um soziale und Freiheitsrechte, gegen Ausbeutung und Unterdrückung als Einheit verstanden und gemeinsam geführt werden.

Das Erbe von 1968 ist trotz aller Kritik und Ambivalenzen weiterhin Inspiration für viele, die sich für eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und den Erhalt der natürlichen Grundlagen unseres Lebens einsetzen, und sollte in diesem Sinne lebendig gehalten werden.

Kritische gesellschaftstheoretische Ansätze, wie sie Rudi Dutschke und viele andere in Abgrenzung von den herrschenden Ideologien in beiden damaligen deutschen Staaten vertrat, sollen in der heutigen Bundesrepublik wieder bestärkt und vorangetrieben werden. Diesem Ziel soll ein vom Bundesbildungsministerium verwaltetes und durch den Bundeshaushalt finanziertes Rudi-Dutschke-Stipendium dienen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Rudi Dutschke-Stipendiums zu schaffen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Das Rudi-Dutschke-Stipendium soll Studierende und Promovierende in sozialwissenschaftlichen Fächern fördern, die als Schwerpunkt ihrer Ausbildung und Forschung emanzipatorische und kritische Theorieansätze verfolgen. Das Rudi-Dutschke-Stipendium soll Studierende und Promovierende dabei unterstützen, durch ihr wissenschaftliches Arbeiten und ihr gesellschaftliches Engagement positive Beiträge gegen alle Formen des Chauvinismus, von Unterdrückung und Ausbeutung sowie ideologischer und gesellschaftlicher Ausgrenzung und Abschottung zu leisten. Die Stipendien sind vollständig und ausschließlich aus Mitteln des Bundes zu finanzieren.

Berlin, den 6. Juni 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.